

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 5

Artikel: Die neue Geschichte
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092953>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Joseph Pozsgai zur sowjetischen Weichenstellung

Die neue Geschichte

Der Verzicht der KPdSU auf ihr Machtmonopol geht mit einer Gesamtentwicklung einher, die irreversibel ist.

Wie weit die Tage zwischen dem 5. und dem 10. Februar die Welt verändert haben oder nicht, werden die nächsten Monate zeigen. Auf jeden Fall gab es in der kurzen Zeitspanne von knapp einer Woche drei grosse Ereignisse:

1. Die Abkehr der Sowjetunion von der kommunistischen Herrschaft, indem die KPdSU auf ihr Machtmonopol verzichtete.
2. Das sowjetisch-amerikanische Einverständnis, mit einem beidseitigen militärischen Rückzug aus den jeweils verbündeten Staaten in Europa zu beginnen.
3. Moskaus Zustimmung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Damit gibt die KPdSU das Scheitern des leninschen Menschenexperiments zu, und die sowjetische Aussenpolitik rückt von ihrer Konfliktposition auch in Europa um einen weiteren Schritt ab. Die sowjetische Führung hat ja die noch besetzten osteuropäischen Staaten bereits in die Unabhängigkeit und Freiheit entlassen.

In dieser Nummer

Aufschwung und Rückschlag	4
Die ungarische Minderheit in Rumänien	
Vorboten des Sturms	7
Die Lage im sowjetischen Zentralasien	
Reformen in der Sowjetunion	8
Unsere periodische Rubrik	
Gerät die Dritte Welt ins Abseits?	10
Die globale Problemverschiebung	
Nicaragua	13
Die nicht erwartete Wende	
Napalm, Phosphor und Giftgas	14
Der hässliche Krieg in Angola	
Wandel auch in Südjemen	15
Evidente Zusammenhänge	
Sätze zum Sozialismus	16
Heterogene Zitatenauswahl	

Binnenwirtschaft macht Aussenpolitik

Der Initiator dieser weltpolitischen Wende, Michail Gorbatschow, hat als erster Sowjetführer gesehen, dass sich die wirtschaftliche Leistungsschwäche der Sowjetunion mit deren globalen Aspirationen nicht länger vereinbaren liess. Die Konsequenz dieser Einsicht ist immer noch offen, aber auf jeden Fall schon umwälzend.

Schon seit Lenin war die Aussenpolitik des Sowjetstaates, ähnlich wie im zaristischen Russland zuvor, zur grossen Hauptsache eine rein imperialistische Machtpolitik. Der ideologische Messianismus nach aussen war zwar wichtig und wirksam, stellte aber nicht die eigentliche Triebfeder dar. Mindestens so stark wie vom marxistischen Sendungsbewusstsein für eine menscheitsbefreiende Weltrevolution wurde die Expansion durch den guten alten «grossrussischen Nationalismus» inspiriert, jenen Eroberungsdrang, der seit Iwan dem Schrecklichen im 16. Jahrhundert einen Herrscher um den andern überfallen hat und die Herren nach 1917 erst recht, trotz oder wegen ihrer revolutionären Rechtfertigungstheorie.

Der Romanow-Dynastie standen die kommunistischen Führer in nichts nach, im Gegenteil, waren ihre neuzeitlichen Methoden doch um so viel effizienter. Lenin und seine Nachfolger legten ein weltweites Netz professionell ausgebildeter Agitatoren aus. Die internationale Organisation legaler oder illegaler kommunistischer Parteien verstand es sehr wohl, die überall vorhandene Unzufriedenheit sozialer oder sonstiger Art zur politischen Kraft auszubilden und einzusetzen. Die Befreiung vom kapitalistischen oder imperialistischen Feind wurde vorbereitet und an die Hand genommen. Die Expansion funktionierte zwar nicht durchgehend wunsch- und plangemäss, aber sie kam voran und hatte Zukunftsanspruch.

Tatsächlich wurde der Gedanke an den Revolutionsexport bis zur Zeit Gorbatschows nie aufgegeben. Die Anwendung der Klassenkampftheorie schien auf alle Länder anwendbar und war um so verlockender, als sie nicht mit Risiken direkter kriegerischer Verwicklungen mit der andern Supermacht, den USA, verbunden war.

Nicht vonnöten war taktische Kunst im Falle Osteuropas. Nach dem Zweiten Welt-

krieg war Stalin auf keinerlei raffinierte Methoden angewiesen, um die besetzten Gebiete unter sowjetische Herrschaft zu bringen. Bulgarien, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Ostdeutschland wurden einfach als Kriegsbeute betrachtet und behandelt; innerhalb von drei Jahren waren sie politisch wie wirtschaftlich gleichgeschaltet. Trotz seiner Versprechungen vom Februar 1945 auf Jalta dachte Stalin keine Minute daran, das Selbstbestimmungsrecht der Osteuropäer zu achten. «Dieser Krieg ist anders als frühere Kriege», soll er zuvor gesagt haben. «Wer immer ein Gebiet besetzt, belegt es mit seinem eigenen System, so weit seine Armee vorgedrungen ist.»

In der Tat ist es bemerkenswert, dass gerade dieses System die Armee brauchte, um sich zu vermehren. Nirgends gelang es, ihm mit demokratischen Mitteln zur Macht zu verhelfen. Wo immer das sowjetische Staatsmodell nachgebildet wurde, geschah es mit Waffengewalt.

Der Verzicht auf das Machtmonopol der KPdSU bedeutet auf seine Weise eine weitere Abkehr auch von einer expansiven Aussenpolitik. Das Hauptziel Gorbatschows, der sich in der Partei so weit durchgesetzt hat, ist die Modernisierung der Sowjetwirtschaft und die Demokratisierung der Sowjetgesellschaft. Diese braucht es für einen natürlichen Ausleseprozess neuer Führungskräfte. Die Zulassung eines Mehrparteiensystems bedeutet ebenso wie die Einführung des Privateigentums an Produktionsmitteln zugleich den Bruch mit der marxistisch-leninistischen Ideologie, den Niedergang des sozialistischen Systems.

Welche Konsequenzen ein solcher Schritt bringt (den die KPdSU nicht ohne dialektische Vorbehalte getan hat; siehe letzte Nummer), hat sich in Osteuropa schon in kurzer Zeit deutlich gezeigt.

Keine Perestrojka ohne nationales Erwachen

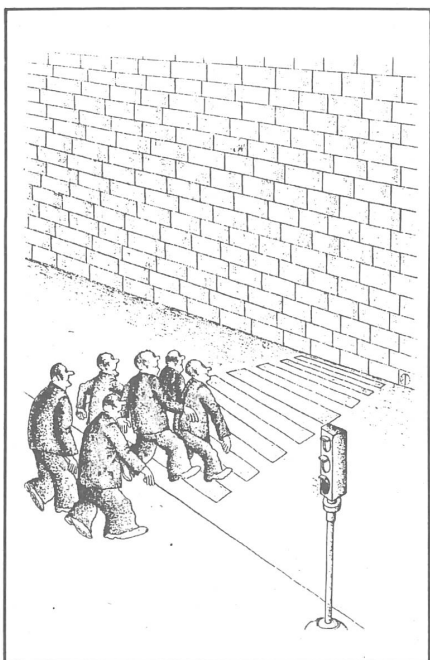
Ob sich der Vielvölkerstaat der Sowjetunion (über 100 Nationalitäten) dann noch ohne Gewalt zusammenhalten lässt, ist die Hauptfrage geworden. Es ist der Preis der innern Demokratisierung, dass nun auch die nicht-russischen Nationen oder nationalen Minderheiten mündig geworden sind. Manche erstreben bereits erklärterweise die Unabhängigkeit an (die baltischen Staaten und am deutlichsten Litauen), und anderswo ist die Autonomie schon die Minimalforderung.

Das litauische Austrittsbegehren, durch den jetzigen Wahlsieg der Sajudis und der nationalkommunistisch gewordenen litauischen KP abgestützt, stellt Gorbatschow zusammen mit dem Kaukasuskonflikt vor die grösste Herausforderung seit seinem Machtantritt. Das Selbstbestimmungsrecht, das man den ehemaligen Satelliten in Osteuropa jetzt zuerkennt, ist den Balten kaum zu ver-

weigern. Estland, Lettland und Litauen sind ja erst als Folge des Hitler-Stalin-Paktes 1939 von der Roten Armee besetzt und 1940 der Sowjetunion einverleibt worden. Unter analogen Umständen kam die Moldau an die UdSSR.

Ihrerseits haben sich die Kaukasus-Völker und die Zentralasiaten nicht freiwillig dem Staat Lenins angeschlossen, und wenn sie (das heisst wachsende Teile der jeweiligen Bevölkerung) jetzt nach jahrzehntelanger Unterdrückung durch die Russen gegen die Moskauer Zentralgewalt aufbegehren, hat das seine Logik.

Die vorhergehende Unterdrückung war so stark, dass die Randvölker des Sowjetstaates gar nicht daran denken, Gorbatschow in irgendeiner Weise dafür zu honorieren, dass er es ihnen mit seiner Perestrojka erst ermöglicht hat, ihren Willen nach Unabhängigkeit zu artikulieren. Es ist so gut wie sicher, dass sich der Vielvölkerstaat mit den alten Mitteln des militärischen und polizeilichen Terrors nicht auf Dauer zusammenhalten lässt. Wer für Glasnost und Perestrojka ist, das heisst den politischen Weg von der Diktatur zur Demokratie befürwortet, der muss in Kauf nehmen, dass die unterdrückten und russifizierten Völker die Herrschaft Moskaus nicht länger dulden wollen. Das Aufbrechen historischer Gegensätze zwischen den zwangsvereinigten Völkern kommt noch dazu. Nimmt man Druck weg im Kreml, explodiert es allenthalben auf alle Arten.



«Krokodil», Moskau, Nr. 34/1989

Wird die Sowjetunion ein demokratischer Rechtsstaat und erhalten die Völker ihr Selbstbestimmungsrecht nicht nur auf dem Papier, ist mit deren Abspaltung zu rechnen. Das Zentralkomitee, welches das verfassungsmässige Sezessionsrecht der Sowjetrepubliken ausdrücklich bestätigt hat, muss zweifellos wissen, dass so etwas unter den heutigen Bedingungen nicht mehr bloss nominelle Bedeutung hat.

Andererseits kann der Kreml nicht einfach der Auflösung der UdSSR zustimmen. Zu den politischen Folgen kämen noch die wirtschaftlichen. Im Kaukasus-Gebiet beispielsweise befinden sich wichtige Erdölfelder, und Erdöl ist die wichtigste Deviseneinnahmequelle Moskaus. Die Instabilität in dieser Region trifft den Kreml deshalb doppelt. Und das Problem wird für die Sowjetführung nicht kleiner, sondern nur grösser, wenn die Russen aus den obersten Gremien in den einzelnen Sowjetrepubliken verschwinden.

Tausche DDR gegen Westhilfe

Die Bereitschaft der sowjetischen Führung, ihre Truppen aus der DDR, aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückzuziehen (insgesamt etwa 600 000 Mann), war nach der politischen und wirtschaftlichen Freigabe Osteuropas zu erwarten. Mit der Versorgung der sowjetischen Besatzungsmacht waren diese Länder belastet, und es gibt keinen politischen Grund mehr, die sowjetische Militärpräsenz zu rechtfertigen.

Der Warschauer Pakt befindet sich bereits in Auflösung, und dieser Prozess wird sich nach den ersten freien Wahlen in den früheren Satellitenländern voraussichtlich stark beschleunigen.

Der Truppenabzug bringt übrigens soziale Schwierigkeiten. Im Militärbereich lassen sich die grossen Einheiten kaum mehr integrieren, und ihre Auflösung verschärft das ohnehin aufkommende Problem der Arbeitslosigkeit. Mit der Einsparung einer wirtschaftlich unproduktiven Arbeit allein ist es eben noch nicht getan.

Die Sowjetunion kann ihre bankrotte Wirtschaft aus eigener Kraft nicht sanieren oder auch nur modernisieren. Benötigt wird Finanzhilfe aus dem Westen, wobei Moskau vor allem mit Bonn rechnet. Deshalb unter anderem hat Gorbatschow in den historischen Februartagen die deutsche Einheit freigegeben, praktisch ohne Auflagen und Vorbedingungen. Besonders gute und freundliche Beziehungen mit den Deutschen unter den EG-Ländern ist für Moskau äusserst wichtig geworden, denn die Wirtschaftskrise kann jederzeit zu politischen Unruhen auch in den russischen Stammländern führen.

Bei alledem stellt sich die Frage der Zeit, die sämtlichen Fahrplänen davonzulaufen droht.

LIEBE LESER

Die Wahlniederlage der Sandinisten in Nicaragua hat zwar die Welt in Erstaunen versetzt, aber in einer Hinsicht wenigstens entsprach sie einer allgemeinen Erscheinung der Geschichte: Ein System kommunistischen Typs, und ein solches vertrat das dortige Regime tatsächlich, ist noch nie aufgrund von freien Wahlen entstanden oder bestätigt worden. So betrachtet, hat der Wahlausgang bloss keine Ausnahme von der Regel dargestellt.

Mit der konkreten Lage nach dem Sieg der Opposition befasst sich unser Beitrag auf Seite 13; der Hinweis darauf, dass mit der Systemablösung die Schwierigkeiten noch keineswegs behoben sind, ist nicht nur für jenen Fall angebracht, sondern ebenfalls übertragbar. Der Sozialismus hat sich zur Behebung der politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Nöte als besonders untauglich erwiesen, aber das heisst natürlich nicht, dass diese ohne ihn nicht bestehen würden. Zudem explodieren nach einer von oben verordneten Zwangseinmütigkeit zunächst einmal die Gegensätze, die zuvor unterdrückt worden waren. Auf einen speziellen Fall dieser Normalerwartung weisen wir im Beitrag über die Ungarn in Rumänien (Seite 4) heute hin. Der Aufbruch führt nirgends zur Idylle.

Was aber den Wahlsieg der Opposition in Nicaragua angeht, so verdient er es gerade hierherum, zunächst einmal ausdrücklich als Widerlegung einer Alternative gewürdigt zu werden, die uns in Westeuropa und nicht zuletzt in der Schweiz jahrelang mit grosser Intensität suggeriert worden ist. Gemäss diesem Bild gab es in der Auseinandersetzung in und um Nicaragua einen einzigen Gegensatz von Belang, den zwischen Managua und Washington, zwischen den US-Interessen und dem nicaraguanischen Volk. In Opposition zum sandinistischen Regime standen die USA, die von ihnen ausgehaltene Contra, die von dieser rekrutierten Somoza-Anhänger. Dass man als Anhänger der Demokratie sowohl gegen das Somoza-Regime als auch gegen das sandinistische Regime sein konnte und sein musste, und zwar aus dem gleichen Grund, das durfte nicht wahr sein und wurde nicht zur Kenntnis genommen. Dass jene Opposition, auf die es ankam, aus Nicaraguanern bestand, die von der sandinistischen Revolution betrogen wurden, und zwar durchaus systemgerecht, das ging im Wust der Anklagen gegen Reagan und Konsorten völlig unter.

Nun haben die Nicaraguaner, sobald sie frei wählen konnten, diese fahrlässig bis gelogen postulierte Alternative korrigiert, und bevor man alles andere über Nicaragua sagt, muss ausdrücklich erst einmal *das* gesagt werden.

Christian Brügger